

haus“ dazugehören. Es sind, wenn wir über Kompetenzgerangel reden, auch Aspekte, die bei der Frage, ob NRW am Ende des Tages bei einer solchen Reform mitmacht, eine Rolle spielen.

Mal ganz ehrlich – ich habe die schwarz-grünen Regierungen und Bayern nicht umsonst erwähnt; Minister Laumann, Sie haben ja gemeinsam ein Gutachten zur Verfassungsmäßigkeit der Krankenhausreform in Auftrag gegeben, obwohl wir heute schon wissen, was dabei herunkommt; das haben wir heute diskutiert –: Ist das Ihr Verständnis von einem konstruktiven Dialog? Sie können hier in NRW planen, was Sie wollen, aber wenn Sie im Bund bei den Betriebskosten und all den anderen Sachen, die ich eben aufgezählt habe, nicht mitmachen, können die Krankenhäuser hier am Ende immer noch rote Zahlen schreiben. Dann haben Sie nichts gewonnen.

(Beifall von der SPD)

Man muss sich die Frage stellen, ob Sie das ernst meinen oder ob Sie am Ende des Tages nur Ihre Kollegen in Bayern beim Landtagswahlkampf unterstützen wollen.

(Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Wäre auch nicht schlecht!)

– Wäre auch nicht schlecht? – Das sehe ich ein bisschen anders. Das würde aber ja bedeuten, dass wir im Bund bis zum Winter keine Krankenhausreform haben und damit auch Ihre Krankenhausreform hier in NRW wackelt.

(Jochen Ott [SPD]: Aha! Und das alles für die Bayern!)

Lassen Sie uns am Ende des Tages gemeinsam zur Sache zurückkehren, die Bund-Länder-Reform schnell und konstruktiv umsetzen und nicht wie in den letzten anderthalb Stunden im Kompetenzgerangel durcheinanderkommen. Ansonsten wird bei der Laumann-Reform hier nur der Name Programm, und am Ende heißt es: Im Westen nichts Neues. – Glück auf!

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Vielen Dank. – Wir sind am Schluss der Aussprache und gehen zur Abstimmung über.

Wir stimmen zuerst über den Antrag der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 18/3673 ab. Die antragstellenden Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen haben direkte Abstimmung beantragt. Somit stimmen wir über den Inhalt des Antrags Drucksache 18/3673 ab. Ich frage: Wer stimmt dem Antrag zu? – Das sind die Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen der SPD und der FDP. Wer enthält sich? – Das ist die Fraktion

der AfD. Somit wurde dieser **Antrag Drucksache 18/3673 angenommen.**

Wir kommen jetzt zur zweiten Abstimmung, und zwar über den Entschließungsantrag der Fraktion der SPD Drucksache 18/3824. Ich frage: Wer stimmt dem Entschließungsantrag zu? – Das ist die Fraktion der SPD. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP. Wer enthält sich? – Das ist die Fraktion der AfD. Damit ist der **Entschließungsantrag Drucksache 18/3824 abgelehnt.**

Wir gehen zur dritten Abstimmung über, und zwar über den Entschließungsantrag der Fraktion der FDP Drucksache 18/3825. Ich frage: Wer stimmt dem Entschließungsantrag zu? – Das sind die Fraktionen der FDP und der AfD. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen von CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer enthält sich? – Keine Enthaltungen. Damit ist der **Entschließungsantrag Drucksache 18/3825 abgelehnt.**

Wir kommen zu:

3 Einsetzung eines Untersuchungsausschusses gemäß Artikel 41 der Landesverfassung Nordrhein-Westfalen zur Verantwortung der nordrhein-westfälischen Landesregierung für das Desaster um die Talbrücke Rahmede, den Brückeninfrastrukturstau in Nordrhein-Westfalen und zum Umgang der Landesregierung mit Nachfragen des Parlaments und der Bevölkerung zu diesen Themen (PUA Brückendesaster und Infrastrukturstau)

Antrag
der Abgeordneten der Fraktion der SPD und
der Abgeordneten der Fraktion der FDP
Drucksache 18/3651

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 18/3813

Änderungsantrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 18/3823

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die Fraktion der SPD dem Kollegen Herrn Vogt das Wort.

Alexander Vogt (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Rahmedetalbrücke auf der A45 ist weiterhin gesperrt. Über 20.000 Lkws, Pkws drängen sich jeden Tag durch diese Region. Darunter leiden die Menschen, darunter leiden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die nicht zu ihrem Arbeitsplatz kommen, darunter leiden Unternehmen, die mittlerweile sogar abwandern. Die Auswirkungen sind weit über

Südwestfalen hinaus spürbar. Lieferketten sind betroffen, die Wirtschaft in ganz Nordrhein-Westfalen.

Wenn wir uns jetzt ansehen, dass wir hier zu diesem Thema diskutieren und dass weder der Ministerpräsident noch der Verkehrsminister überhaupt sich bequem, ins Plenum zu kommen, dann zeigt das, wie groß dieser Skandal hier in Nordrhein-Westfalen ist.

(Beifall von der SPD und der FDP – Zuruf von Matthias Kerkhoff [CDU])

Wir haben hier ja schon mehrfach über dieses Brückendesaster gesprochen. Es geht um Fehlentscheidungen des ehemaligen Verkehrsministers und jetzigen Ministerpräsidenten. Unter seiner Führung wurde der Brückenneubau verschoben, und wir haben schon oft die Frage gestellt: Wie kann es eigentlich zu diesen Entscheidungen gekommen sein?

(Sarah Philipp [SPD]: Laumann verlässt auch noch den Platz – jetzt ist gleich gar keiner mehr da!)

Bei der gesamten Beantwortung dieses Fragekomplexes mauert diese Landesregierung seit Monaten. Und es ist noch schlimmer. Sie behaupten ja – Herr Krischer ist nicht da, das hat er mehrfach hier gemacht –, ...

(Zuruf: Herr Laumann auch nicht mehr!)

– Ach, Herr Laumann geht jetzt auch. Also, die Landesregierung ist bei dem Thema überhaupt nicht mehr vertreten.

(Lachen von der SPD)

Schön, dass Sie als Verkehrsexperte doch wieder hierhergekommen sind, Herr Laumann.

(Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales, ist zurück am Platz. – Beifall von der SPD und der FDP)

Es zeigt den Stellenwert und wie Sie mit den Menschen in der ganzen Region umgehen.

(Beifall von der SPD und der FDP)

Aber noch viel schlimmer ist es, was Herr Krischer hier gemacht hat. Wir haben nachgefragt: Gibt es Akten?

(Zuruf von Florian Braun [CDU])

Da hat er gesagt: Nein, es gibt gar keine Akten mehr. Die Akten sind alle zur Autobahn GmbH gegangen. – Dann gab es eine IFG-Anfrage eines Journalisten, und – ich hatte sie ja letztes Mal mitgebracht – drei große Leitz-Ordner voller Akten sind aufgetaucht.

(Zuruf von Martin Metz [GRÜNE])

Als man sich dann die Dokumente angeguckt hat, war es noch eine Sache krasser: Bestimmte Mails, die Ihnen anscheinend unlieb waren, wurden gelöscht. Die Akten, die Sie abgeliefert haben, waren

nicht vollständig. Das ist genauso ein Skandal wie die Entscheidung, die zuvor durch den Ministerpräsidenten getroffen wurde.

(Beifall von der SPD und der FDP)

Dann haben wir natürlich nachgefragt: Wer hat eigentlich wo gelöscht? – Und dann ist es nicht irgendeine nachgelagerte Behörde, sondern die Mails, die verschwunden sind, sind auf dem Weg und bei den Mailaccounts verschwunden – vom Büro des jetzigen Ministerpräsidenten und damaligen Verkehrsministers Wüst und der Staatskanzlei. Das sind nicht irgendwelche nachgelagerten Behörden, wo versehentlich gelöscht wurde. Wir haben immer wieder gefragt: „Wo sind diese Mails geblieben?“, aber Sie machen keine Bemühungen, diese Sachen aufzuklären.

Sie hatten doch jetzt wirklich Zeit. Sie hatten Zeit seit November letzten Jahres, zu schauen: Welche Akten liegen hier? Was kann man vorlegen? Sie hatten Zeit, dafür zu sorgen, dass diese Mails wieder auftauchen und sie hier vorzulegen, und Sie hatten Zeit, sich bei den Menschen und Unternehmen vor Ort für dieses Desaster zu entschuldigen. Das hatten wir alles von Ihnen gefordert, aber nichts davon ist geschehen, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und Henning Höne [FDP])

Was sollen wir denn als Opposition jetzt daraus machen?

(Hendrik Schmitz [CDU]: Gute Frage!)

Wir fordern Sie auf und geben Ihnen diese Möglichkeiten, aber Sie machen einfach nichts, sondern Sie sind immer weiter dabei, zu vertuschen und verschleiern. Sie zwingen uns förmlich, einen Untersuchungsausschuss zu beantragen.

(Beifall von der SPD und der FDP – Widerspruch von der CDU)

Und dann werden Sie hier gleich erzählen: Wir haben doch eine Sondersitzung des Verkehrsausschusses beantragt, und da war sogar der Ministerpräsident.

(Hendrik Schmitz [CDU]: Aha!)

Ja, war er. Das war nämlich auch wieder so ein Trick, damit er sich nicht hier hinstellen muss, nicht hier in aller Öffentlichkeit dazu Stellung beziehen muss. Deswegen ist er in den Verkehrsausschuss gekommen. Das war der einzige Grund.

(Beifall von der SPD und Henning Höne [FDP] – Widerspruch von der CDU)

Wenn wir uns das Ergebnis der Verkehrsausschusssitzung ansehen,

(Zuruf von Florian Braun [CDU])

dann war das Ergebnis, dass noch viele weitere Akten oder Informationen über weitere Akten aufge-

taucht sind und dass viel mehr Fragen entstanden sind, als dort Antworten gegeben wurden.

(Zuruf von Marco Schmitz [CDU])

Die Verkehrsausschusssitzung ist mit Grund, dass wir heute einen Untersuchungsausschuss beantragen müssen.

(Beifall von der SPD – Widerspruch von der CDU)

Aber nicht nur die Rolle des Ministerpräsidenten ist ja fraglich,

(Florian Braun [CDU]: Ihre auch! – Weitere Zurufe von der CDU)

sondern auch die des nicht anwesenden Verkehrsministers von den Grünen. Da fragt sich ja der eine oder andere – sogar, glaube ich, Fraktionsmitglieder bei den Grünen –: Was reitet eigentlich diesen Verkehrsminister, der eigentlich mit der Entscheidung gar nichts zu tun hatte, sich immer wieder vor den Ministerpräsidenten zu schmeißen und all die Sachen irgendwie in ein Licht zu rücken, dass alles okay gewesen sei, dass man keine Informationen rausgeben muss?

(Zurufe von der CDU)

Gerade, wenn ich mir die Grünen angucke – jetzt gucken alle auf ihre Handys –: Was haben wir denn hier zum Thema Transparenzgesetz für Debatten gehabt?

(Zuruf von Norwich Rüße [GRÜNE])

Was haben Sie – ich denke an Matthei Bolte-Richter und auch an Sie, Frau Schäffer – hier gefordert, wenn es darum ging, wie transparent eine Regierung sein muss! Und was macht dieser Minister, der von Ihnen gestellt wird? Er vertuscht und verschleiert die ganze Zeit. Von Ihrer Transparenz ist nichts übrig geblieben.

(Beifall von der SPD und der FDP – Widerspruch von der CDU)

Deswegen wollen wir uns mit diesem Untersuchungsausschuss auf die relevanten Fragen konzentrieren. Es gibt hier gleich einen Änderungsantrag der Regierungsfractionen. Es gibt auch einen von der AfD, aber erst einmal zu Ihnen. Sie machen einen Änderungsantrag, um den Untersuchungszeitraum auszuweiten. Wissen Sie, welches Gefühl ich bei dieser Vorgeschichte habe, die ich Ihnen gerade aufgezeigt habe? Ich habe das Gefühl, dass Sie auch diese Änderungsanträge stellen, um weiterhin zu vertuschen und davon abzulenken, was für eine Verantwortung der Ministerpräsident für diesen Skandal trägt.

(Beifall von der SPD und der FDP – Widerspruch und Zurufe von der CDU)

Wir werden uns auf die folgenden Fragen konzentrieren: Was hat eigentlich zu der Entscheidung geführt, dass der Neubau verschoben wurde? Warum verschwinden Akten? Warum werden in diesen Büros auf oberster Ebene Sachen gelöscht? Warum kommen wir nicht an unsere Informationen? Darauf konzentrieren wir uns. Wir lassen uns den Zeitraum von Ihnen auch nicht so sehr ausdehnen, weil Sie damit weiterhin dieses System „Wüst“ decken und verschleiern wollen.

(Zurufe von der CDU – Norwich Rüße [GRÜNE]: Was für ein Unfug!)

– Sie können sich jetzt noch weiter aufregen. Sie haben nach der Verkehrsausschusssitzung gesagt, der Aufklärungsbedarf sei gedeckt. Jetzt ist er anscheinend nicht gedeckt. Sie drehen es immer so, wie Sie es haben wollen. Ziel ist immer, dass man nicht darüber aufklärt, was das System „Wüst“ hier angerichtet hat.

(Zuruf von Thomas Schnelle [CDU] – Lachen von Matthias Goeken [CDU])

Wir können Ihnen zusagen, dass dieser Untersuchungsausschuss den Finger in genau diese Wunde legen wird, dass wir die Akten anfordern werden, die Sie die ganze Zeit nicht herausrücken wollen, und Licht in dieses Dunkel bringen werden.

Wir nehmen heute unser verfassungsmäßiges Recht in Anspruch und werden diesen Ausschuss beantragen. Wenn Sie nicht liefern wollen, dann bin ich überzeugt, dass dieser Ausschuss eine gute Arbeit machen und das ein oder andere ans Tageslicht fördern wird, was Ihnen vielleicht nicht passt, was aber für die Menschen in der Region und in ganz Nordrhein-Westfalen sowie für die betroffenen Unternehmen wichtig sein wird. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und der FDP)

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Vielen Dank. – Für die Fraktion der FDP hat nun der Kollege Abgeordneter Herr Rasche das Wort.

Christof Rasche (FDP): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Sperrung der Rahmedetalbrücke führt unter anderem zu unglaublichen Belastungen für Menschen, Wirtschaft und Kommunen. Vorrangiges Ziel ist natürlich ein möglichst schneller Neubau dieser Brücke. Ministerpräsident Hendrik Wüst hat in der Sondersitzung des Verkehrsausschusses am 13. Februar 2023 gesagt, er habe keinen Zweifel daran, dass in Berlin alles getan wird, um Verzögerungen zu vermeiden. Damit sind manchmal politisch motivierte Aussagen wie die, Volker Wissing sei für einen eventuellen Zeitverzug verantwortlich, widerlegt. Neubau ist die Nummer eins.

Aber darüber hinaus geht es natürlich auch um die Frage der Verantwortung. Wer trägt die Verantwortung für diese Brückensperrung? Das Thema hat uns lange beschäftigt, und zwar in vielen kleinen Anfragen, in der Fragestunde im Plenum am 2. November 2022, in der Fragestunde im Plenum am 8. März 2023, in der Aktuellen Stunde im Plenum am 25. Januar dieses Jahres und in zahlreichen Nachfragen im Verkehrsausschuss und sogar in einer Sondersitzung des Verkehrsausschusses am 13. Februar.

Was aber verkünden die Kollegen von CDU und Grünen öffentlich in einer Pressemitteilung vom 21. März 2023? „Alle Angebote der Zusammenarbeit wurden seitens der Opposition abgelehnt und blieben unbeantwortet.“

Unbeantwortet bleiben trotz dieser vielen genannten Nachfragen alle unsere Versuche, Klarheit in dieses Feld hineinzubringen. Alle diese Fragen – zumindest fast alle, aber mit Sicherheit die wichtigen – blieben unbeantwortet. Das ist schon ein Skandal.

(Beifall von der FDP und der SPD – Gordan Dudas [SPD]: So ist das!)

Ich will einmal zehn Beispiele für das nennen, was unbeantwortet blieb.

Erstens: Warum gibt es im Verkehrsministerium doch Akten, obwohl dieses zuvor von Minister Krischer verneint wurde?

Zweitens. Warum werden Fragen von Journalisten anders beantwortet als Fragen der Opposition? Ist das der Stil dieser Regierung?

Drittens. Warum, wann und von wem wurden E-Mails zwischen dem Verkehrsministerium und der Staatskanzlei in großem Stil gelöscht?

Viertens. Warum gab der Ministerpräsident zunächst an, der Neubau sei vor seiner Amtszeit als Verkehrsminister verschoben worden, was sich hinterher als unzutreffend erwiesen hat?

Fünftens. Wann und warum war die Talbrücke Rahmede nach der Wahl 2017 für die Hausspitze im Verkehrsministerium ein Thema?

Sechstens. Warum wurde der Fehler aus dem Jahre 2014 – Neubau statt Ablastung – nicht geheilt?

Siebtens. Was war der Anlass, im November 2021 eine Überprüfung der Talbrücke Rahmede mit Laserscan durchzuführen, obwohl überhaupt keine turnusmäßige Prüfung anstand?

Achtens. Hatte Minister Wüst Kenntnis von den Entscheidungen über die Verschiebung des Neubaus? Wenn nicht, wer hat denn entschieden, Wüst nicht in Kenntnis zu setzen?

Neuntens. Liegt es nicht in der Verantwortung des Verkehrsministers, sich im Einzelfall über Entscheidungen von Ingenieuren hinwegzusetzen, um Scha-

den von einer Region oder dem ganzen Land abzuwenden? Wer hat denn in solchen wichtigen Fällen das letzte Wort?

Zehntens. Als neuer Verkehrsminister findet er 2017 eine seit drei Jahren abgelastete Brücke auf einer der Hauptmagistralen in Nordrhein-Westfalen vor. Wäre es nicht verantwortungsvoll gewesen, trotz der Zustandsnote „drei“, die übrigens nicht etwa „befriedigend“ wie in der Schule heißt, sondern „nicht ausreichend“ bedeutet, die Talbrücke wegen ihrer herausragenden Bedeutung an die Spitze der Neubauten zu setzen? Das ist nicht geschehen.

Wer dermaßen viele Fragen unbeantwortet lässt, darf sich nicht wundern, dass ein PUA die logische Konsequenz ist. Es gibt keine andere Möglichkeit, um an die Antworten zukommen.

(Beifall von der FDP und der SPD)

Mit der Auffassung sind wir nicht allein. Mir ist schon klar, dass die Koalition das anders sieht. Aber es gibt auch durchaus Institutionen in Nordrhein-Westfalen, die sagen: Der Weg der FDP und der SPD ist richtig.

14. Februar 2023: Kommentar in der WAZ nach der Sondersitzung des Verkehrsausschusses, die einen Tag zuvor, am 13. Februar, stattfand, mit dem Titel „Warum der U-Ausschuss unausweichlich ist“. Im Text des Kommentars heißt es: „Verantwortlichkeiten klären und Lehren für die vielen weiteren maroden Brücken ziehen, die auf Sanierung und Neubau warten.“

Weiterhin heißt es dort: „Gerichtsähnliche Befugnisse dürften [...] dabei helfen, das Rätsel von ‚Rahmede‘ – eine schöne Formulierung – ‚endlich zu lösen.‘ Bei Hendrik Wüst stelle sich zumindest die Frage – so die WAZ – der Verantwortung. Außerdem ist in der WAZ von einer schwarz-grünen Salamitaktik die Rede.

Alles das sind also keine Worte und Formulierungen der SPD oder der FDP. Vielmehr ist das offensichtlich die Auffassung in der nordrhein-westfälischen Öffentlichkeit. Sie ist sehr eindeutig. Die Öffentlichkeit sagt: Es bleiben doch verdammt viele Fragen unbeantwortet. Und die Öffentlichkeit will wissen: Wer trägt denn jetzt wirklich die Verantwortung?

Dann gibt es diesen Brief von den Kollegen von CDU und Grünen vom 23. März 2023 an die Presse. Als Adressat stand natürlich „SPD und FDP“ auf dem Briefbogen. Aber wir haben den Brief erst einen Tag nach der Presse erhalten. Das eigentliche Ziel dieses Briefes war also die Presse – und nicht die Fraktionen von FDP und SPD. Die wesentliche Botschaft dieses Briefes ist: Es gibt keine Frage, die nicht beantwortet ist.

Jetzt habe ich eine Frage an die Kolleginnen von Grünen und CDU. Können Sie mir vor diesem Hintergrund erklären, warum Sie heute sogar den

Untersuchungszeitraum verlängern wollen, wenn für Sie doch keine einzige Frage besteht? Was ist denn dann der Grund für eine Verlängerung des Zeitraums, wenn man überhaupt keine Frage hat?

(Beifall von der FDP und der SPD)

Völliger Irrsinn; kann kein Mensch verstehen; vollkommen unlogisch.

Es entsteht folgender Eindruck: Nach der öffentlich wahrgenommenen Salamiaktik und nach der Frage nach der Verantwortung wollen Sie mit Ihrer Mehrheit im PUA dafür sorgen, dass die Herren Krischer und Wüst nicht in den Fokus geraten, sondern stattdessen die Vergangenheit. Das können Sie nur erreichen, indem Sie den Untersuchungszeitraum ausweiten. Das ist Ihr strategisches, taktisches Ziel. Es hat mit der Aufarbeitung dieses Falls „Rätsel Rahmede“ überhaupt nichts zu tun.

Diese erneute schwarz-grüne Salamiaktik könnte man auch als Verschleierung bezeichnen. Diesen Weg gehen wir natürlich nicht mit, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der FDP und der SPD)

Baubeginn sollte 2019 sein, Fertigstellung 2023. Dann wurde der Baubeginn verschoben – in der Ära Wüst. Wir werden gemeinsam klären, warum und wann wer diese Entscheidung getroffen hat.

Dass wir heute den Antrag auf Einsetzung dieses Parlamentarischen Untersuchungsausschusses stellen, liegt einzig am Verhalten der Koalition, an CDU und Grünen. Sie hätten es vermeiden können, wollten es aber nicht.

Die FDP-Landtagsfraktion – und das gilt auch für mich – wird die Arbeit im PUA ruhig, gelassen und sachlich angehen. Wir sind gespannt auf die Ergebnisse. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und der SPD)

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Vielen Dank. – Für die Fraktion der CDU spricht nun der Kollege Dr. Geerlings.

Dr. Jörg Geerlings (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Meine sehr geehrten Damen und Herren der SPD-Fraktion, wenn Sie sich fragen, warum Sie da stehen, wo Sie stehen: Der Grund dafür ist genau dieser Politikstil, Behauptungen frei von Fakten aufzustellen.

(Beifall von der CDU)

Herr Vogt, waren Sie überhaupt in dem Verkehrsausschuss oder haben Sie sich das Protokoll durchgelesen?

(Alexander Vogt [SPD]: Im Gegensatz zu Ihnen!)

Haben Sie zugehört? Da müssen Sie selber lachen; das haben wir eben gesehen. Ihr Wissen beschränkt sich offensichtlich auf die drei Leitz-Ordner, die Sie gesammelt haben – nicht mehr und nicht weniger.

(Beifall von der CDU – Gordan Dudas [SPD]: Wo waren Sie denn?)

Die Autobahn A45 ist eine bedeutende Verkehrsader für Westfalen und für unser ganzes Bundesland. Sie wird als Lebensader der Region bezeichnet und ist darüber hinaus eine wichtige Nord-Süd-Achse im bundesdeutschen Autobahnnetz.

Deshalb war es ein Schock, als die Rahmedetalbrücke bei Lüdenscheid am 2. Dezember 2021 für jeden Verkehr gesperrt wurde.

Unter den Folgen dieser Sperrung leiden die Stadt Lüdenscheid, der Märkische Kreis und die ganze Region bis heute. Autofahrer, vor allem viele Pendler, müssen lange und zeitraubende Umwege fahren und stehen häufig im Stau. Unternehmen und Betriebe sind schlecht erreichbar oder müssen für ihre Fahrten längere Wege und Mehrkosten in Kauf nehmen. Anwohner der betroffenen Ortschaften beklagen Ausweich- und Schleichverkehre und leiden unter Lärm und Abgasen. Ganze Städte und Gemeinden haben Probleme mit der Überlastung des nachgeordneten Straßennetzes.

Wir stehen an der Seite der Betroffenen und sagen Ihnen: Das Einzige, was der Region wirklich hilft, ist eine neue Brücke, und zwar möglichst schnell.

(Beifall von der CDU)

Deshalb sollte es in diesem Hause unser gemeinsames Ziel sein, auf den Bund einzuwirken, damit der Ersatzneubau der Brücke so schnell wie möglich kommt. Und wo wir es können, sollten wir die Bemühungen des Bundes konstruktiv unterstützen. Das erwarten die Menschen in der Region von uns, nämlich Tatkraft und keine parteipolitischen Auseinandersetzungen.

(Beifall von der CDU)

Gleichzeitig ist es uns ein großes Anliegen, die Vorgänge, die zur Sperrung der Brücke geführt haben, transparent aufzuarbeiten, auch wenn aus unserer Sicht Ministerpräsident Hendrik Wüst, Verkehrsminister Oliver Krischer und die Direktorin der Autobahn GmbH, Elfriede Sauerwein-Braksiek, in der Sonder Sitzung des Verkehrsausschusses am 13. Februar 2023 bereits viele Fragen beantwortet und dabei einiges klargestellt haben.

Erstens. Die Sperrung der Rahmedetalbrücke war für die Fachleute von Straßen.NRW aus damaliger Sicht nicht vorhersehbar. Sie waren davon überrascht,

dass diese Brücke Ende 2021 gesperrt werden musste.

Zweitens. Weil die Sperrung nicht vorhersehbar war, haben die Fachleute kein Problem darin gesehen, andere, dringender erscheinende Projekte vorzuziehen und die Neubauplanung nicht mit höchster Priorität zu verfolgen.

Drittens. Ob und wann eine Brücke saniert oder neu gebaut wird, ist eine rein fachliche Entscheidung, keine politische.

(Zuruf von der CDU: So ist es!)

Aus heutiger Sicht und mit dem Wissen, das wir jetzt haben, müssen wir festhalten: Es sind Fehler gemacht worden. Diese hat Ministerpräsident Wüst in der Sitzung des Verkehrsausschusses am 13. Februar dieses Jahres auch klar benannt.

Es ist das gute parlamentarische Recht der Opposition, dazu einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss einzusetzen. Das beantragen Sie. Darüber wird ja heute entschieden.

Meine Damen und Herren von SPD und FDP, Sie haben sich entschieden, den Untersuchungsgegenstand maximal weit zu formulieren: Fünf Themenkomplexe – der Kollege Rasche hat sie gerade genannt – sind mehr, als es in jedem Untersuchungsausschuss der jüngeren Vergangenheit gab.

Außerdem wollen Sie nicht nur das für die Infrastruktur zuständige Ministerium, sondern auch das Umwelt-, das Innen-, das Kommunal- und das Wirtschaftsministerium durchleuchten.

Zugleich haben Sie den Untersuchungszeitraum ab dem 30. Juni 2017, also dem Tag, an dem die Regierung von CDU und FDP mit Armin Laschet ihre Arbeit aufgenommen hat, minimal kurz gefasst. Dieser eklatante Widerspruch zwischen dem Untersuchungsgegenstand und dem Untersuchungszeitraum wirft Fragen auf.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Geht es Ihnen wirklich um Aufklärung? Geht es Ihnen wirklich darum, schonungslos die Fehler aller Regierungen,

(Angela Freimuth [FDP]: Ja!)

gleich welcher Partei, offenzulegen? Geht es Ihnen wirklich darum, Lehren für die Zukunft zu ziehen?

(Marcel Hafke [FDP]: Beantworten Sie doch mal die Frage!)

Oder ist der Parlamentarische Untersuchungsausschuss in Wahrheit für Sie nur ein Wahlkampfinstrument?

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Versprechen Sie sich parteipolitische Geländegewinne? Wollen Sie eine Show abziehen, und das auf dem Rücken einer ganzen Region, die unter den Folgen der Brückensperrung leidet?

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Was haben Sie vor allem zu verbergen? Warum haben Sie Angst davor, die Amtszeit der SPD-Minister Voigtsberger und Groschek beleuchten zu lassen?

(Marcel Hafke [FDP]: Sie haben nicht zugehört! Haben Sie nicht zugehört?)

Wenn eine wirkliche Aufklärung stattfinden soll, muss sie bereits im Jahr 2011 ansetzen. Dafür sprechen mindestens drei Fakten:

(Zuruf von der SPD: Stellen Sie doch einen Antrag auf einen PUA!)

Erstens. Bereits im Jahr 2011 fand eine Brückenhauptprüfung mit dem Ergebnis „Zustandsnote drei“ statt. Das ist – Herr Rasche hat es eben gesagt – schlechter, als es klingt.

Zweitens. Im Jahr 2012 hat das damalige Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung einem Instandsetzungsentwurf zugestimmt, der eine Verstärkung des Bauwerks zur Erhöhung der Traglast beinhaltete.

Drittens. Im Jahr 2014 wurden die vorherigen Entscheidungen zur Verstärkung der Brücke aus Gründen der Wirtschaftlichkeit und Durchführbarkeit verworfen.

Wie wollen Sie bei dieser Faktenlage den Menschen erklären, dass die Brücke erst seit 2017 schlechter wurde?

(Beifall von der CDU)

Geschah das vielleicht über Nacht vom 30. Juni auf den 1. Juli? Das glauben Sie doch selber nicht!

Wir bedauern, dass Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von SPD und FDP, unser schriftliches Angebot ignoriert haben. Wir wollten mit Ihnen im Vorfeld der heutigen Sitzung zusammenkommen. Wir wollten mit Ihnen über den Untersuchungsauftrag und vor allem über den Untersuchungszeitraum sprechen. Wir wollten uns selbstverständlich unter Wahrung Ihrer besonderen Minderheitenrechte auf einen gemeinsamen Antrag verständigen.

Wir hätten dann auch in kollegialer Atmosphäre über weitere Mängel Ihres Antrags sprechen können,

(Zuruf von Marcel Hafke [FDP])

zum Beispiel darüber, dass Sie mit Ihren Formulierungen unzulässigerweise die Beweiswürdigung vorwegnehmen, oder darüber, dass der Umgang der Landesregierung mit Nachfragen des Parlaments überhaupt nicht Gegenstand eines Untersuchungsausschusses sein kann, oder auch darüber, dass ein Eingriff des Parlaments in die Entscheidungs-

kompetenz der Regierung droht. Das ist aus Gründen der Gewaltenteilung verfassungsrechtlich hochproblematisch.

Dass Sie unser Angebot zur Zusammenarbeit ignoriert haben, zeigt nur eines: Sie haben kein wirkliches Interesse, in der Sache gemeinsam zu agieren. Hier und heute haben Sie die letzte Chance, das zu ändern. Dazu reichen wir Ihnen abermals die Hand.

(Beifall von der CDU – Lachen von Marcel Hafke [FDP])

Ansonsten werden Sie den Menschen im Märkischen Kreis, im Sauerland und weit darüber hinaus erklären müssen, warum eine parteipolitische Auseinandersetzung für Sie wichtiger ist als eine konstruktive Zusammenarbeit.

(Beifall von der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in diesem Sinne bitte ich um Zustimmung zu dem Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Vielen Dank. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht nun Herr Kollege Metz.

Martin Metz (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In Bezug auf die Rahmedetalbrücke und den heutigen Antrag auf Einsetzung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses gibt es verschiedene Blickwinkel. Uns von der Koalition ist das hier und jetzt am Allerwichtigsten, dass etwas für die Menschen vor Ort getan werden muss, die unter der Sperrung der Rahmedetalbrücke leiden. Das haben wir bereits mehrfach vorgetragen, und die Landesregierung handelt im Rahmen ihrer Zuständigkeit mit einem hohen und stetigen Einsatz.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Das Thema „Lkw-Durchfahrtsverbote“ wurde gerade vom Landesverkehrsministerium in einer Mittlerrolle zwischen den Kommunen und dem Bund vorangebracht. Hier wird es nach der Sprengung endlich eine Anordnung geben. Klar ist aber auch – das wurde diskutiert –, dass der Bund noch einiges mehr tun muss, um den übergeordneten Lkw-Verkehr aus der Region zu halten.

Die Sprengung kommt bald – endlich –, nachdem sie für Dezember angekündigt war. Es scheint jedoch, dass die Sprengung im Mai keinen Einfluss auf den Gesamtzeitplan haben wird. Man kann daher weiter davon ausgehen, dass der Brückenneubau funktioniert.

(Zuruf von Marcel Hafke [FDP])

Wir alle müssen darauf achten und drängen, dass dieser Zeitplan eingehalten wird. Das Land unterstützt die Region mit den ersten Maßnahmen, um die Auswirkungen vor Ort abzumildern.

Das ist der Blick darauf, was jetzt und für die Zukunft zählt. Die Rückmeldungen, die Kommentierungen aus der Region sind eindeutig. Ein Artikel in der WAZ macht noch keine öffentliche Meinung. Uns erreicht,

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

dass die Leute sagen: Kümmert euch um die Probleme, die wir vor Ort haben. Wofür brauchen wir einen Untersuchungsausschuss? Nur, um irgendwelche politischen Spielchen zu spielen? Das ganz sicher nicht. – Die Leute haben auf dieses Parteiengedank auch keine Lust.

Dieser PUA wird ein Blick zurück sein. Ein Blick zurück kann durchaus sinnvoll sein, wenn das ehrlich geschähe. Dann würde man sehen, dass der Verkehr auf den Straßen massiv gewachsen ist. Das Straßennetz wurde ausgebaut. Die Staus wurden übrigens auch immer mehr. Aber vor allem hat der Lkw-Verkehr mit seiner enormen Belastung für die Brückenbauwerke zugenommen.

Über viele Jahrzehnte hat man den Straßenneubau vor dem Erhalt der bestehenden Infrastruktur, vor allem der Brücken, priorisiert. Das geschah bis in die 2010er-Jahre hinein, völlig unabhängig von der parteipolitischen Couleur. Diese vernachlässigten Brücken und die gestiegenen Anforderungen haben zu einer Situation geführt, in der wir uns befinden. Das hätte man schon lange sehen können. Zum anderen hat das dazu geführt, dass über die ganze Republik hinweg quasi eine Mangelverwaltung bestand.

Man ging nicht als Erstes dorthin, wo die Not war, sondern man musste gucken, wo die Not am größten ist, und dann schauen, welche Brücken am dringlichsten sind. Dabei ist man natürlich auf die Einschätzung von Fachleuten angewiesen.

Das größte Problem haben wir bei den Bundesautobahnen, und das nicht erst seit gestern. Auch da gilt der Appell, dass wir alle dafür sorgen müssen, diese Fehler der Vergangenheit nicht mehr zu machen, sondern ganz klar zu sagen, dass der Erhalt Vorrang vor dem Neubau hat.

Die erste Priorität ist, dass die vorhandenen Straßen und Brücken weiter funktionstüchtig bleiben und so wiederhergestellt werden. Da haben wir eigentlich kein Erkenntnisproblem, sondern wir haben ein Umsetzungsproblem auf verschiedenen Ebenen.

Wir brauchen deutlich mehr Weitsicht im Umgang mit unserer Straßeninfrastruktur. Dieser PUA ist aber nicht weitsichtig, sondern das Vorhaben ist kurzfristig. Hier wird ein parteipolitisch vernebelter Blick aufgesetzt. Denn der Antrag ist voller schwieriger Formu-

lierungen und Mutmaßungen; Kollege Dr. Geerlings ist schon darauf eingegangen.

Sie werfen da Fragen auf – und darauf muss ich jetzt wirklich eingehen, Herr Vogt –, an denen man ein Stück weit verzweifelt. Natürlich macht es keinen Sinn, eine Sondersitzung des Verkehrsausschusses zu beantragen, bei der der Ministerpräsident, der Verkehrsminister, die Staatskanzlei usw. anwesend sind und bei der ganz viele Fragen gestellt werden, die dann auch beantwortet werden, wenn Sie nicht zuhören. Das kann keinen Sinn machen.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Sie werfen Dinge wie Akten und Mails durcheinander. Da wird dann gesponnen, es würden irgendwelche Falschbehauptungen aufgestellt.

Sie haben hier im Plenum Fragen formuliert, und der Verkehrsminister sagte: Die kann ich nur mit den Projektakten beantworten, und die sind bei der Autobahn GmbH. – Das ist auch so. Im Rahmen einer IFG-Anfrage möchte jemand wissen: Gibt es bei euch noch irgendwelche Unterlagen zu dem Thema?

(Zuruf von Angela Freimuth [FDP])

Das Ministerium antwortet: Okay, wir suchen jetzt mal alle möglichen Sachen zusammen, alle möglichen E-Mails suchen wir jetzt mal zusammen.

(Jochen Ott [SPD]: Entschuldigung, das war hier! Das haben wir hier gefragt!)

Das macht man ganz transparent, und dann heißt es: Ja, aber da gab es ja etwas.

(Jochen Ott [SPD]: Dann hat er gelogen! – Zuruf von Kirsten Stich [SPD] – Weitere Zurufe von der SPD)

Sie vergleichen einfach Äpfel mit Birnen. Da Sie das auch nach der dritten Erklärung immer noch nicht verstehen wollen,

(Jochen Ott [SPD]: Das haben wir hier gefragt!)

gibt es für Sie offenbar nur einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Ich kann wenigstens hoffen, dass Sie dort dann auch mal zuhören.

Von diesen ganzen Punkten abgesehen: Die Festlegung des Beginns des Untersuchungszeitraums auf 2017 ist angesichts der Thematik eine frappierende politische Offenbarung.

(Zuruf von Henning Höne [FDP])

Es geht Ihnen nicht um den Erkenntnisgewinn, sondern um das parteipolitische Blame Game.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Sie tun ja gerade so, als hätten über der Rahmedetalbrücke und den anderen Brücken – die Sie selber auch anführen – vor 2017 rosa Wölkchen geschwebt, und alles sei in Ordnung gewesen. Dann sei eine neue Landesregierung gekommen, und auf einmal hätten die Probleme angefangen. Das ist doch nicht die Realität, um es klar zu sagen.

Von 2017 bis 2022 gab es keine Landesregierung mit grüner Beteiligung. Aber wenn man an der Sache orientiert ist, muss man doch zumindest einen fachlichen Blick darauf haben und das fachlich bewerten und nicht alles im Nachhinein so drehen, wie es einem parteipolitisch gerade passt.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Das wird im Übrigen auch nicht der Arbeit des rot-grünen Ministers Mike Groschek gerecht. Zwischen 2013 und 2015 wurde im Verkehrsausschuss über umfangreiche Listen mit Nachrechnungen, mit Sanierungen, mit Priorisierungen beraten. Da wurde auch diskutiert und gestritten, nur in anderen Rollen. Jetzt tut man so, als hätte das erst 2017 angefangen. Ganz ehrlich: Für ein vollständiges Bild müsste man sehr weit zurückgehen, zumindest bis in die 2010er-Jahre, als diese Ereignisse auf uns zugekommen sind; das wäre ungefähr 2011.

Sie führen hier einige Brücken an, Duisburg-Neuenkamp beispielsweise. Da gab es erste Sanierungen zwischen 2004 und 2006, 2014 und 2015 wurde auch saniert, und vier Jahre später wurde sie abgelastet. Warum wurde da nicht so saniert, dass man sie nicht ablasten musste? Das ist eine spannende Frage.

Die Rheinbrücke Leverkusen – das führen Sie selber aus – wurde 2012 abgelastet. Das scheint Sie auch nicht zu interessieren. Sie wollen die Sache mit der Rheinbrücke Leverkusen, die 2012 abgelastet wurde und letztlich neu gebaut wird, im PUA untersuchen, aber bitte erst ab 2017. Wo soll denn da der Erkenntnisgewinn sein?

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Zur Rahmedetalbrücke muss ich hier nicht ausführen, die Historie kann man in den Plenarprotokollen nachlesen; Dr. Geerlings ist eben darauf eingegangen. Minister Groschek hat schon 2013 im Ausschuss erklärt, dass die A45 in einem katastrophalen Zustand sei. Sie aber sagen, dass man das erst ab 2017 untersuchen müsse. Ganz ehrlich: Das kann ich nicht verstehen.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Hier und jetzt wird versucht, den Eindruck zu erwecken, dass es nur ein Minister oder nur eine Landesregierung gewesen seien, die für Brückenschäden, die über Jahrzehnte entstanden sind, verantwortlich wären. Dazu kann ich nur sagen: Das ist grotesk und lächerlich!

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Ich vermisse Applaus; eigentlich hätte ich sagen müssen, dass das Letzte ein Zitat von Herrn Ott war, 2015 im Plenum.

(Beifall und Lachen von den GRÜNEN und der CDU)

Sie könnten sich wenigstens selbst applaudieren, Herr Ott.

(Zuruf von Jochen Ott [SPD])

Sie haben die Dinge auch einmal anders gesehen. Glauben Sie, die Leute sehen das nicht?

(Zuruf von Kirsten Stich [SPD])

Glauben Sie, die Leute finden so ein politisches Tamtam nicht abstoßend?

(Jochen Ott [SPD]: Wenn Sie von mir lernen, kann uns das allen nur nützen, Herr Metz!)

Wir haben bereits einen intensiven Blick auf die Thematik der Brücken geworfen. Wir müssen uns aber vor allem darüber unterhalten, wie man die Fehler der Vergangenheit vermeiden kann und wie wir uns besser aufstellen können.

Aus unserer Sicht ist der Parlamentarische Untersuchungsausschuss dafür nicht das geeignete Format. Gleichwohl ist es das Recht ...

(Jochen Ott [SPD]: Er wird aber kommen!)

– Er wird kommen, genau. – Das beantwortet auch die Frage des Redners Rasche ...

(Zuruf von Gordan Dudas [SPD])

– Ja, sehr gut. Vielen Dank. – Das beantwortet dann auch die Frage, die Herr Rasche gestellt hat: Warum beantragen wir das?

(Gordan Dudas [SPD]: Er macht keinen Sinn, und Sie wollen ihn verlängern!)

Wenn er kommt und überhaupt einen Nutzen haben soll, sollte man die gesamte Historie dieser Brücke und der Entscheidungen, bzw. wie sie getroffen wurden, untersuchen.

(Zuruf von der SPD: Beim Bau der Autobahn!)

Dann hätte man zumindest ein Fünkchen Hoffnung, dass aus diesem PUA noch etwas Vernünftiges werden könnte. Aber ich weiß gar nicht, ob das in Ihrem Interesse ist.

(Anhaltender Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Noch können Sie dem Änderungsantrag zustimmen. Es wäre sicherlich lohnend für alle. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Für die Fraktion der AfD spricht nun der Abgeordnete Herr Esser.

Klaus Esser* (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Bürger! Wir haben es gerade mehrfach gehört, Kollege Vogt hat es auch angesprochen. Falls irgendjemand – insbesondere die Bürger in und um Lüdenscheid in Südwestfalen – sich fragt, wie wichtig das Thema der Landesregierung wirklich ist, der muss nur einen Blick auf die Regierungsbank werfen: gähnende Leere, kein Ministerpräsident, niemand da. Das ist wirklich bezeichnend.

Irgendwie hat man das Gefühl, in einer Art Zeitschleife festzuhängen: wieder Plenum, wieder Rahmedetalbrücke, wieder PUA-Antrag. Vor gerade einmal 21 Tagen standen wir an genau dieser Stelle hier und haben exakt dieselben Themen und einen gleichlautenden Antrag besprochen. Das Heerlager der Heiligen aus CDU, SPD, Grünen und FDP hat diesen Antrag damals natürlich abgelehnt; klar, weil er von der vermeintlich falschen Fraktion gestellt wurde. So kam keine ausreichende Mehrheit für die so dringend notwendige Untersuchung der Vorgänge rund um die Rahmedetalbrücke zustande.

Das sind – ich möchte das in aller Deutlichkeit sagen – politische Taktierereien, die Sie sich lustigerweise gegenseitig in irgendwelchen Teilmengen vorwerfen, auf dem Rücken der Bürger, die diesen unhaltbaren Zustand derweil weiter aushalten sollen, bis Sie alle Ihre Pöstchen und Mauscheleien und politischen Absprachen erledigt haben. Dankenswerterweise wurde gerade sogar hier im Plenum live berichtet, wie das so läuft – natürlich ohne Beteiligung der AfD.

Ich zitiere erneut die Bürgerinitiative A45 aus dem WDR, wie ich es schon in früheren Debatten getan habe:

„Seit über 13 Monaten läuft der Verkehr durch Lüdenscheid und während wir überlegen und Argumente austauschen, rollt der Verkehr, rollt Lkw um Lkw, die Leute können nicht mehr – es muss jetzt etwas passieren.“

„Jetzt“ bedeutet eigentlich so viel wie „umgehend“ oder „direkt“. Dieses Zitat ist allerdings auch bereits wieder mehrere Monate alt. Das scheint für Sie aber nicht weiter interessant zu sein, es geht ja nur um diese lästigen Bürger.

SPD und FDP beantragen also heute noch einmal exakt dasselbe, was die AfD vor knapp einem Monat beantragt hat – in Ordnung, dann also noch mal das Ganze, noch mal die Mahnungen, noch mal die Mahnung, dass wir schnell handeln müssen, noch mal die Feststellung, dass eine Hauptverkehrsschlagader durchtrennt ist, und noch mal die brutale Analyse, dass die gesamte Region Südwestfalen langsam ausblutet, dieselben Argumente und dasselbe Fehlen von Aufklärung, das Verschwinden von Mails und Schriftverkehr, dieselben Fragen, warum nicht im Wissen um die Schäden an der Brücke früher gehandelt wurde.

In den letzten 21 Tagen stauten sich in Lüdenscheid erneut über 100.000 Lkws und über 400.000 zusätzliche Pkws – über eine halbe Million Fahrzeuge, die nicht in Lüdenscheid hätten sein müssen, Verkehre, die hätten umgeleitet werden können. Aber auch darauf warten wir seit Monaten vergebens.

Noch immer warten Bürger und Unternehmen auf eine praktikable und auch rechtssichere Lösung, die Transitverkehre vom Quell- und Zielverkehr alltags-tauglich zu unterscheiden und die Transitverkehre schließlich weiträumig umzuleiten.

Was macht eigentlich der SPD-Bürgermeister von Lüdenscheid in einer solchen Situation? Wie bewertet er die Frage der Umleitung von Durchgangsverkehren? Ich zitiere ihn aus dem Nachrichtenportal come-on.de vom Märkischen Zeitungsverlag: „Er denke sich jeden Tag: ‚Was für ein schwachsinniger Scheiß!‘“ Welch ein niveauvoller geistiger Erguss eines SPD-Bürgermeisters. Ich kann ihn dennoch verstehen, denn der Ärger über die Untätigkeit der Landes- und Bundesregierung ist jedenfalls berechtigt.

Denn wo ein Wille wäre, wäre auch ein Weg. Das hat die deutsche Politik vielfach bewiesen. Beispiele gibt es genug: Die EZB kauft Staatsanleihen auf, Dublin-II-Verordnungen werden nicht angewendet, Schuldenbremsen und Haushaltsregeln werden neuerdings durch Sondervermögen umgangen. Sie sehen also: Wenn es Ihnen wirklich wichtig ist, finden Sie eine Möglichkeit, das Recht, sagen wir mal, flexibel auszulegen.

Doch wie bewerten abseits von politischen Apologeten professionelle Juristen die Situation? Gemäß dem lokalen Nachrichtenportal come-on.de hat die Kanzlei Altrogge zu der Frage der Nachteile und zur konkreten Durchsetzbarkeit von Ansprüchen der Bürger ein Rechtsgutachten angefertigt. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass allein – Zitat –

„durch die Lärmwerte ‚zweifelsfrei von einer unzumutbaren Beeinträchtigung der Bewohner auszugehen‘ sei.

Die Straßenverkehrsbehörde sei ‚zum Einschreiten verpflichtet‘. Es besteht ein vor dem Verwaltungsgericht einklagbarer (Individual-)Anspruch der Anwohner auf konkrete Maßnahmen.“

Noch deutlicher wird der Sprecher der Bürgerinitiative A45 im gleichen Nachrichtenportal – Zitat –:

„Man muss immer bedenken, dass bei aller Rechtssicherheit Menschen erkranken und langfristig sterben werden. Die Menschen brauchen jetzt Entlastung und nicht, wenn alles rechtssicher ist, denn dann sind viele von ihnen recht sicher bereits tot.“

Da fragt man sich: Ist das übertrieben? Wir kennen diese Argumentation aus der Coronapolitik: Willst du,

dass die Oma stirbt? Das ist schon ein hartes Argument.

Ist es hier gerechtfertigt, vom Tod zu sprechen? Wir waren als AfD vor Ort und haben auf Einladung mit betroffenen Anwohnern gesprochen. Bei einem Anwohner, einem Angestellten aus dem Lüdenscheider Rathaus, wurden im Labor 155-fach über dem Referenzwert liegende Aluminium- und 373-fach erhöhte Nickelwerte im Körper festgestellt – wahrscheinlich im Zusammenhang mit der Belastung durch Feinstaub und Reifenabrieb. Bei diesem Mann wurde vor Kurzem ein bösartiger Tumor festgestellt.

Das ist wieder ein persönliches Schicksal, ausgelöst durch genau den Sachverhalt, über den wir hier zum x-ten Mal sprechen. Die Politik hat ja Zeit, sich erst einmal abzustimmen. Der Bürger schaut derweil in die Röhre und soll warten. Solche Zusammenhänge müssen schnell aufgeklärt werden.

Apropos Aufklärung und Zeiträume: Es gibt heute zwei Änderungsanträge, die beide den Zeitraum der geplanten Aufklärung betreffen. CDU und Grüne beantragen, ab 2011 genauer hinzusehen. Das ist grundsätzlich die richtige Richtung, deshalb werden wir diesem Änderungsantrag auch zustimmen.

Wir beantragen, ab 2008 genauer hinzusehen, seit einer im Brückenbuch der Rahmedetalbrücke verzeichneten Zwischenprüfung. Warum wir das für angebracht halten, möchte ich kurz begründen.

Ich zitiere dazu aus dem Brückenbuch der Rahmedetalbrücke. Das ist übrigens das Brückenbuch, das Minister Krischer erst monatelang gesucht und dann nicht gefunden hat – oder vielleicht auch nicht finden wollte. Dort steht unter E08 für den Prüfzeitraum 22. Januar 2008 bis 13. Januar 2009 auf insgesamt sechs Seiten unter anderem – Zitat –:

Ein Tag geprüft: Keine der in der Hauptprüfung 2005 angemahnten Maßnahmen wurde bislang erledigt. Brücke gesamtes Bauteil: Prüfung nicht möglich, Bauwerk wird zurzeit instand gesetzt. Undichtigkeit der Entwässerung oberhalb der Streben: Schweißnähte und Schrauben starke Korrosion, Kappen und Gesimse unbedingt instand setzen. Unbedingt Hauptprüfung nach Abnahme der Instandsetzung durchführen. – Zitat Ende.

Meine Damen und Herren, das war 2008. Sie sehen, dass also schon viel früher als 2011 wesentliche Schäden bekannt und aktenkundig waren. Deswegen halten wir es für nötig, den Untersuchungszeitraum noch einmal deutlich auszuweiten.

Das könnte natürlich im schwarzen oder auch roten Lager – Stichwort „Groschek“ – das eine oder andere politische Opfer kosten. Das ist klar. An dieser Stelle können Sie sich entscheiden, ob Sie der Wahrheit und Aufklärung verpflichtet sind oder ob Sie lieber Ihre Parteifreunde schützen wollen.

Wir von der AfD sind jedenfalls Volksvertreter – dem Volk verpflichtet – und wollen maximale Transparenz und Aufklärung im Sinne unserer Bürger erreichen.

Wir werden dem Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses wie bisher weiterhin zustimmen, auch wenn Sie Ihre Parteilogos auf die Titelseite gedruckt haben. Weil es das Beste für die Bürger ist, werben wir ebenso für unseren Änderungsantrag. Wir stimmen für Untersuchungsausschuss und Änderungsantrag. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Herr Abgeordneter Esser, Ihre Rede enthielt einige Zitate. Ich möchte noch einmal dafür werben, auch bei Zitaten möglichst auf unparlamentarische Äußerungen zu verzichten. Bei der großen Anzahl an Zitaten hat man ja eine Auswahl, die man dann vielleicht treffen kann. – Für die SPD spricht nun der Abgeordnete Kollege Dudas.

Gordan Dudas (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Fraktionen! Die Zitate waren nicht nur problematisch, sondern große Teile der Rede waren auch falsch.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU, in der Realität war es doch so, dass die Brücke nicht mehr zu halten war und neu gebaut werden musste. Halten wir das doch einmal fest. Wir sind doch alle einer Meinung, dass dies ganz offensichtlich unstrittig ist.

Es geht aber hier darum, warum dann verschoben wurde. Die CDU hat das damals verleugnet und Minister Groschek Panikmache vorgeworfen, als er von „Bröckelbrücken“ gesprochen hat. Jetzt verleugnen Sie die Tatsache, dass unklar ist, warum der Neubau verschoben wurde. Es bleibt Ihnen im Übrigen auch anheimgestellt, wenn Sie das aufklären wollen, einen eigenen PUA zu beantragen. Ich glaube nicht, dass wir dann ablehnen würden.

Die Emschertalbrücke der A43, die Haarbachtalbrücke der A544, die Rheinbrücke auf der B288 bei Krefeld-Uerdingen, die B236-Brücke in Altena, die Leverkusener Brücke auf der A1, die A40-Brücke Neuenkamp und letztendlich auch die Rahmedetalbrücke an der A45 bei Lüdenscheid – sie alle haben ihre ganz eigene Geschichte, und doch eint sie eine Erkenntnis: Die Infrastruktur in Deutschland und in Nordrhein-Westfalen wurde viel zu lange auf Verschleiß gefahren.

Diese Erkenntnis ist nicht neu. Denn jede Brückensperrung und jede Brückenablastung hat massive Folgen für das gesamte Umland. Die meisten von Ihnen werden es registriert haben, wenn ich immer und immer wieder über genau diese Situation in

meiner Heimatstadt Lüdenscheid berichtet habe. Einige von Ihnen waren sogar zwischenzeitlich selbst einmal vor Ort und konnten sich ein Bild von der Situation machen, was das Verkehrschaos auslöst, was es mit den Menschen macht und was das für unsere heimische Wirtschaft bedeutet.

(Oliver Krischer, Minister für Umwelt, Naturschutz und Verkehr, nimmt seinen Platz ein. – Marcel Hafke [FDP]: Willkommen in der Debatte!)

Es wird auch heute wohl leider nicht das letzte Mal sein, dass ich das ansprechen muss.

Mein Damen, meine Herren, heute geht es darum, dass wir für die von der Sperrung der Talbrücke betroffene Region klären wollen, was geschehen ist, weshalb die Situation so ist, wie sie ist, und – so bitter es klingt – welche Erkenntnis wir für die Zukunft ziehen müssen. Das sind wir den Menschen und der Region schuldig.

Es geht auch darum, Versäumnisse zu erkennen und offenzulegen. Und ja, es wird auch darum gehen, Lehren zu ziehen, wie die zuständigen Stellen gestärkt werden können. Denn die Versäumnisse dürfen nicht bei den Beschäftigten des Landesbetriebs Straßen.NRW und der Autobahn GmbH abgeladen werden, die tagtäglich engagiert ihren Job machen.

(Beifall von der SPD und der FDP)

Nein, sie sind bei den politischen Verantwortungsträgern und deren Prioritätensetzungen zu suchen. Mit dem Untersuchungsausschuss wird daher eine große Aufgabe vor uns liegen. Wir tragen damit eine große gemeinsame Verantwortung, den Menschen zu erklären, warum es zu diesem Desaster kommen konnte und welche Erkenntnisse für die Zukunft dafür sorgen sollen, dass alles dafür getan wird, dass unsere Infrastruktur künftig besser aufgestellt ist.

Niemand wird erwarten, dass diese Aufarbeitung einfach wird. Ja, viele Akten werden zu lesen sein. Klar ist auch, dass die regierungstragenden Fraktionen das anders bewerten, wie nach der Sondersitzung des Verkehrsausschusses am 30.02. dieses Jahres klar wurde.

Doch leider ist eben nicht alles geklärt: warum der Neubau der Talbrücke in Rahmede verschoben wurde, weshalb die intensiven Planungen an der A45 und den zahlreichen Brücken plötzlich ins Stocken geraten sind und warum dann schließlich von jetzt auf gleich durch die Vollsperrung dieses Chaos ausbrach, das Lüdenscheid und die umliegenden Städte und Gemeinden für Jahre in den Ausnahmezustand versetzt hat, wodurch die Industrieregion Nummer eins in Nordrhein-Westfalen vom „Powerhaus“ zum „Stauhaus“ degradiert wurde.

Bis heute gibt es viele Leerstellen, Unklarheiten und Ungereimtheiten, die einen ungetrübten Blick leider

weiterhin verhindern. Ja, die Gelegenheit war da, die notwendige Klarheit bis hierhin zu schaffen. Aber leider wurde sie mehrfach verpasst.

Stattdessen haben Presserecherchen immer wieder neue Dinge zutage gebracht: den Zeitpunkt der Verschiebung des Neubaus der Brücke, angeblich nicht vorliegende Akten, gelöschte Mails. Schließlich wurde selbst das Kontrollrecht des Parlaments seitens der Landesregierung infrage gestellt – ein sehr eigenartiges Demokratieverständnis.

Meine Damen, meine Herren, ich hoffe sehr, dass mit dem Untersuchungsausschuss die notwendige Klarheit geschaffen wird und wir alle daraus lernen werden. Das ist wichtig, um auch das arg ramponierte Vertrauen der Menschen wieder etwas zu reparieren. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und der FDP)

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Liebe Kolleginnen und Kollegen, es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Wir sind somit am Schluss der Aussprache.

Wir kommen zu den Abstimmungen. Wir stimmen erstens ab über den Änderungsantrag der Fraktion der AfD Drucksache 18/3823. Wer stimmt dem Änderungsantrag zu? – Das sind die Fraktion der AfD und der fraktionslose Abgeordnete Dr. Blex. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP. Wer enthält sich? – Ich sehe keine Enthaltungen. Damit ist der **Änderungsantrag Drucksache 18/3823 abgelehnt**.

Wir stimmen zweitens ab über den Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 18/3813. Wer stimmt dem Änderungsantrag zu? – Das sind die Fraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und AfD sowie der fraktionslose Abgeordnete Dr. Blex. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen der SPD und der FDP. Wer enthält sich? – Keine Enthaltungen. Damit ist der **Änderungsantrag Drucksache 18/3813 mehrheitlich angenommen**.

Jedoch kann der im Einsetzungsantrag und Einsetzungsbeschluss bezeichnete Untersuchungsgegenstand durch Beschluss des Landtags gemäß § 3 Abs. 3 des Gesetzes über die Einsetzung und das Verfahren von Untersuchungsausschüssen des Landtages Nordrhein-Westfalen nur mit Zustimmung der Antragsteller verändert werden.

Dies bedeutet, dass alle antragstellenden Abgeordneten mit der beabsichtigten Änderung einverstanden sein müssen. Daher frage ich die antragstellenden Abgeordneten der Fraktionen von SPD und FDP: Sind Sie mit einer Änderung des Einsetzungsantrags Drucksache 18/3651 wie soeben abgestimmt einverstanden?

(Kopfschütteln von Abgeordneten der Fraktionen von SPD und FDP – Zurufe von SPD und FDP: Nein! – Zuruf von der CDU: Oh!)

Ich blicke ins Plenum, und ich sehe und höre, dass dies dem Verhalten bei der gerade durchgeführten Abstimmung über den Änderungsantrag entsprechend nicht der Fall ist. Eine Vielzahl der antragstellenden Abgeordneten bringt ihre Ablehnung sehr deutlich zum Ausdruck. Damit bleibt der **Einsetzungsantrag** mangels Zustimmung der Antragsteller **unverändert**.

Wir kommen somit zur Abstimmung über den unveränderten Antrag der Abgeordneten der Fraktionen von SPD und FDP Drucksache 18/3651. Die antragstellenden Abgeordneten der Fraktionen von SPD und FDP haben direkte Abstimmung beantragt. Wir stimmen also über den Inhalt des Antrags Drucksache 18/3651 ab.

Ich frage, liebe Kolleginnen und Kollegen: Wer stimmt dem Antrag nun zu? – Das sind die Fraktionen von SPD, FDP und AfD sowie der fraktionslose Abgeordnete Dr. Blex. Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Bei Enthaltung der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen ist der **Antrag Drucksache 18/3651 angenommen**.

Wir kommen zu:

4 Katastrophen kennen keine Grenzen. Die gemeinsame Zusammenarbeit mit den Beneluxländern ausbauen

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/3653

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die antragstellende Fraktion der FDP Herrn Dr. Pfeil das Wort.

(Unruhe – Glocke)

Dr. Werner Pfeil (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Kollegen! „Katastrophen kennen keine Grenzen“ – so lautet die Überschrift des Antrags, und mit grenzüberschreitendem Katastrophenschutz befasst sich auch das UN-Sendai-Rahmenwerk für Katastrophenvorsorge für die Jahre von 2015 bis 2030.

Als ich im Jahr 2018, also in der letzten Legislaturperiode, die damals zuständige leitende Mitarbeiterin des Ministeriums darauf ansprach, sagte diese: Mit Sendai haben wir hier nichts zu tun.

Nun gut. Wie sich später herausstellte, hatte die eigentlich zuständige Mitarbeiterin im Ministerium weder mit der Vorsorge für Pandemien noch mit einer vernetzten Zusammenarbeit für den Fall von Starkregenereignissen noch mit sonstigen Vorsorge-